



Vorlage Nr. 26-O-26-0008

Tagesordnungspunkt 13

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Mainz-Kostheim am 21. Januar 2026

Einrichtung eines Stadtteilbüros und einer Erziehungsberatungsstelle in AKK - vorhandene Räume nutzen (AUF)

Der Ortsbeirat Mainz-Kostheim begrüßt ausdrücklich die Planungen zur Einrichtung einer Erziehungsberatungsstelle im Bereich AKK sowie eines Stadtteilbüros zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur in den südöstlichen Stadtteilen der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Vor dem Hintergrund des bestehenden und sich weiter verschärfenden Versorgungsgengpasses bittet der Ortsbeirat den Magistrat zu prüfen und darzulegen,

- ob und in welchem zeitlichen Rahmen die seit Jahren leerstehenden Räume im Obergeschoss der Ortsverwaltung Kastel/Kostheim für die Einrichtung einer Erziehungsberatungsstelle und eines Stadtteilbüros genutzt werden können,
- welche fachlichen, organisatorischen oder baulichen Voraussetzungen hierfür noch erforderlich sind,
- und ob durch die Nutzung dieser städtischen Räume eine zeitnahe Realisierung bzw. Beschleunigung der geplanten Angebote möglich ist.

Begründung:

Die Nachfrage nach Erziehungs- und Familienberatungsangeboten in Wiesbaden ist seit Jahren hoch und nimmt weiter zu. Gleichzeitig bestehen insbesondere im Bereich AKK deutliche Versorgungslücken bei niedrigschwelligen, wohnortnahen Unterstützungsangeboten.

Die seit längerer Zeit leerstehenden Räume im Obergeschoss der Ortsverwaltung Kastel/Kostheim befinden sich in städtischem Eigentum, sind in einem guten Zustand und kurzfristig verfügbar. Der Standort ist sowohl mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch aus den umliegenden Wohngebieten „Krautgärten“ und „Im Sempel“ gut erreichbar.

Die Nutzung dieser Räume für eine Erziehungsberatungsstelle und ein Stadtteilbüro würde die soziale Infrastruktur in AKK nachhaltig stärken, Familien frühzeitig entlasten und präventive Unterstützung erleichtern. Zugleich könnten vorhandene städtische Flächen sinnvoll genutzt und zusätzliche Kosten für Anmietungen oder Neubauten vermieden werden.

Beschluss Nr. 0020

Der Antrag der AUF-Fraktion wird antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dez. VI z. w. V.

Lauer
Ortsvorsteher